

« Was alle angeht, können nur alle lösen. »

Hinweise für eine erfolgreiche
Integration von Geflüchteten in
das Gemeinwesen.

Eine Zusammenarbeit des Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
und der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte
Niedersachsen e.V.

Inhalte

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte
Niedersachsen e.V.

Von der Flüchtlingsarbeit zur Arbeit am Gemeinwesen	3
7 Hinweise für die Praxis	4

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Rahmenbedingungen und Handlungsfelder zur Ermöglichung von Teilhabe und Integration	6
Wohnen	8
Integration und Teilhabe	10
Soziale Arbeit/soziale Beratung	12
Koordination Ehrenamt	14
Qualitätssicherung/Monitoring	16
Mindmap – Akteur_innen, Land und Kommune	18

Was alle angeht, können nur alle lösen.*

Von der Flüchtlingsarbeit zur Arbeit
am Gemeinwesen.

Ungeachtet der aktuell geringeren Flüchtlingszahlen, stehen uns die eigentlichen Herausforderungen noch bevor. Sie liegen in der langfristigen sozialen und strukturellen Integration der Menschen. Diese Herausforderungen sollten als Chance gesehen werden die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Als Chance, das Zusammenleben in Kommune oder Quartier für Alle zu verbessern.

Die Mittel und Methoden dazu brauchen nicht neu erfunden zu werden, sie sind aus langjähriger Erfahrung bekannt.

*Friedrich Dürrenmatt

Es braucht:

»1.

Eine aktuelle Bestandsaufnahme

Eine Analyse sowohl bezogen auf Flüchtlinge und Sozialräume als auch auf Akteure und Strukturen der aktuellen Flüchtlingsarbeit. Unter Führung der Kommune sind alle Akteursgruppen (Bürger_innen, Flüchtlinge, Ehrenamtliche, Vereine, Schulen, Freie Träger, Wirtschaft) zu beteiligen.

»2.

Ein gemeinsames Leitbild Integration

„Was versteht die Kommune, ihre Bewohner/innen und Akteure unter Integration?“ Und: „Wann ist wer wie integriert?“ sind Beispiele für Fragen, die gestellt werden müssen.

»3.

Ein verbindliches Handlungskonzept

Die Inhalte des Leitbildes müssen auf konkrete Ziele heruntergebrochen werden. Die Handlungsfelder der Sozialen Stadt bieten dafür eine gute Grundlage.

»4.

Eine klare politische Willensbekundung

Einen Beschluss von Stadt- oder Gemeinderat zu Leitbild und Handlungskonzept.

»5.

Professionelle Gemeinwesenarbeit (GWA) vor Ort

Einrichtung von professioneller GWA als notwendige Anlauf- und Vernetzungsstelle vor Ort. Anders als andere Bereiche der Sozialen Arbeit arbeitet GWA nicht themen- und zielgruppenspezifisch, sondern grundsätzlich sozialräumlich und ressortübergreifend.

»6.

Begegnungsräume

Einladende, zentral gelegene Räume für die GWA, in denen sich alle Bewohnergruppen treffen können.

»7.

Einen klaren öffentlichen Auftakt

Was alle angeht, muss auch allen bekannt sein. Die Chancen und Maßnahmen des Prozesses müssen positiv in die Öffentlichkeit transportiert werden.

Rahmenbedingungen und Handlungsfelder zur Ermöglichung von Teilhabe und Integration.

In jeder Kommune gibt es individuelle Gegebenheiten und Grundlagen. Dennoch gilt überall: Es bedarf bei der Aufnahme von Schutzsuchenden ganz grundsätzlicher Rahmenbedingungen, die ihnen ein Ankommen in einer Alltäglichkeit ermöglichen und sie in ihrer Individualität wahr- und ernstnehmen.

Diese Rahmenbedingungen müssen überall implementiert werden und sind im folgenden dargestellt.

Wohnen

Integration und
Teilhabe

Soziale Arbeit/
soziale Beratung

Koordination
Ehrenamt

Qualitätssicherung/
Monitoring

Akteur_innen, Land
und Kommune

1.

Wohnen

Ziel: Dezentrales Wohnen in eigenen Wohnungen.

Ziele:

- ▶ Mehrsprachiges & barrierefreies Willkommenspaket bzw. Infobroschüre zur Begrüßung und Orientierung
- ▶ Gewährleistung von Kommunikation (eigene Briefkästen, Bereitstellung von WLAN)
- ▶ Etablierung und Umsetzung eines Gewaltschutzkonzepts für alle Gemeinschaftsunterkünfte (GU's)
- ▶ Handlungskonzept für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge
- ▶ Mindeststandards für Gemeinschaftsunterkünfte festlegen
- ▶ Transparente Vergabekriterien für GU's mit Schwerpunkt auf die Qualität des Betreuungskonzeptes
- ▶ Einrichtung und Unterstützung einer Interessenvertretung für Bewohner_innen in GU's
- ▶ Installation eines Auszugsmanagements in eigene Wohnungen als Standard
- ▶ Beschränkung der Dauer des Aufenthalts in GU's
- ▶ Ausbau des sozialen Wohnungsbaus

2.

Integration und Teilhabe

Zur Teilhabe einladen und
Teilhabe ermöglichen.

Ziele:

- ▶ Differenzierte Sprachlernangebote und eine zentrale Planung der Vermittlung in Sprachkurse
- ▶ Gewährleistung einer Vorsprache und Arbeitslosmeldung bei der Arbeitsagentur, ggfs. JobCenter nach Anerkennung
- ▶ Zugang zu Arbeit, Ausbildung, Universität ermöglichen
- ▶ Gewährleistung einer Kinderbetreuung in Kitas und Einschulung innerhalb der ersten Woche
- ▶ Frühzeitige Identifizierung und Unterstützung von besonders Schutzbedürftigen unter Beachtung der Bestimmungen der Aufnahmeleitlinie
- ▶ Gewährleistung der Gesundheitsversorgung und Gewährleistung der Erreichbarkeit: Ärzt_innen und Psycholog_innen/Psychotherapeut_innen
- ▶ Gewährleistung von Teilhabe an z. B. Sport, Glaubensgemeinschaften, Selbstorganisationen, dem kulturellem und öffentlichen Leben
- ▶ Gewährleistung der nötigen Infrastruktur (Einkauf, medizinische Versorgung, Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr)
- ▶ Schaffung von Räumen der Begegnung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit

3.

„ Soziale Arbeit/ soziale Beratung „

Standards schaffen
und sichern.

Ziele:

- ▶ Gewährleistung einer Betreuung im Verhältnis 1,5:50 durch Sozialarbeiter_innen
- ▶ Installation einer unabhängige Verfahrensberatung
- ▶ Gewährleistung von regelmäßigen Fortbildungen für die Sozialarbeiter_innen und alle am Aufnahmeprozess Beteiligten
- ▶ Installation eines Auszugsmanagements
- ▶ Gewährleistung von Sprachmittlung und Dolmetscher_innen

4.

„ Koordination Ehrenamt „

Einbindung und Abgrenzung
von Hauptamtlichen.

Ziele:

- ▶ Angebote der Ausbildung bzw. Fortbildung durch Kommunen und freie Träger
- ▶ Koordination und ggf. Einbindung in Abläufe der Aufnahmeprozesse auf Augenhöhe
- ▶ Bereitstellen von Räumen für Begegnung
- ▶ Sicherung von Zugängen für zivilgesellschaftlich Engagierte in GU's
- ▶ Erstellung von Internetportalen oder Facebook-Gruppen für z. B. Bedarfsanzeigen
- ▶ Angebote der Supervision
- ▶ Finanzielle Unterstützung von Initiativen

5.

„Qualitäts- sicherung/ Monitoring“

Ziele:

- ▶ Erstellen von Konzepten und Zielvereinbarungen für alle oben genannten Bereiche
- ▶ Installation eines unabhängigen Kontrollwesens der Umsetzung und Konzepte
- ▶ Vertragliche Verankerung von Gewaltschutzkonzepten in Betreuungskonzepten der GU's
- ▶ Erweitertes polizeiliches Führungszeugnis als Grundsatz für alle Mitarbeiter_innen
- ▶ Installation einer niedrighschwelligen, (Betreiber-)unabhängigen Beschwerdestelle für Schutzsuchende und Benennung konkreter Ansprechpersonen

Nachbar_innen

Wohnungs-
eigentümer_innen

Wohlfahrts-
verbände

Sozialbehörden

Geflüchtete
selbst

Initiativen &
Ehrenamtliche

Migrant_innen-
Selbstorganisationen

Jugendamt

Sozialarbeiter_innen

Wohnungsbau-
gesellschaften

Wohnen

Beratung &
Begleitung

Ausländerbehörden

Unabhängige
Beratungsstellen

“ Akteur_innen,
Land und Kommune ”

Kulturelle
Gruppen

Infrastruktur

Bildung &
Arbeit

Kita & Schulen

Vereine

Arbeitgeber_innen

ÖPNV

Glaubens-
gemeinschaften

Bildungsträger

Hochschulen & Unis

Ärzt_innen &
Krankenhäuser

Kita & Schulen

Arbeitsagentur

Jobcenter

IvAF-Projekte

IQ-Netzwerk

Kontakt der Kooperationspartner:



**Flüchtlingsrat
Niedersachsen e.V.**

Röpkestr. 12, 30173 Hannover

Telefon: 0511 / 98 24 60 30

Fax: 0511 / 98 24 60 31

E-Mail: nds@nds-fluerat.org

www.nds-fluerat.org



**LAG Soziale Brennpunkte
Niedersachsen e.V.**

Stiftstraße 15
30159 Hannover

Telefon: 0511 / 70 10 70 9

E-Mail: geschaeftsstelle@lag-nds.de

www.lag-nds.de



Die Broschüre entstand im Rahmen des
Projektes AMBA.

Ansprechpartner:

Laura Müller

Telefon: 0511 / 98 24 60 35

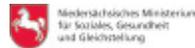
E-Mail: lm@nds-fluerat.org

Sebastian Rose

Telefon: 0511 / 98 24 60 34

E-Mail: sr@nds-fluerat.org

Gefördert durch:



Gefördert durch:

